

Schluss- veranstaltung

Justizkritik in sozialen Medien: Öffentliche Kontrolle oder populistische Stimmungsmache?

Die Rechtsprechung darf und muss in einer offenen Gesellschaft kritisiert werden. Harsche Kritik ist erlaubt und hat es auch in früheren Jahrzehnten gegeben. Die Kritik hat sich aber verändert. Sie findet nicht mehr nur in klassischen Leitmedien statt, sondern vorrangig in sozialen Netzwerken. Dort ist sie schneller, härter und persönlicher. Die Öffentlichkeit findet mit den Möglichkeiten des Internets Informationen über Richterinnen und Richter, (vermeintliche) frühere oder gegenwärtige politische Auffassungen ebenso wie Familienverhältnisse. In den Fokus geraten Richterinnen und Richter von Verfassungsgerichten oder obersten Bundesgerichten, aber auch und vor allem diejenigen, die in der Fläche für den Rechtsstaat arbeiten. Diese Kritik verfängt besonders, wenn sie mit der populistischen Vorstellung einer Justiz als weltfremde Elite verbunden wird. Politische Kräfte, die nach einem Systemwechsel verlangen, nehmen die Justiz als Establishment wahr, das sich einem Politikwechsel entgegenstellt und eine eigene Agenda verfolgt. Wie können die Justiz, die Medien und der Rechtsstaat mit diesen Herausforderungen umgehen?

Keynote

Bundespräsident a. D.
Dr. h.c. mult. Joachim Gauck, Berlin

Podium

Prof. Dr. rer. soc. Clemens Albrecht, Bonn
Chefredakteurin Dr. Helene Bubrowski,
Berlin (zugleich Moderation)
Leiterin MPI Büro Berlin
Alexandra Kemmerer, LL.M. Eur., Berlin/
Heidelberg
Vors. Richter am BVerwG
Prof. Dr. Christoph Külpmann, Leipzig/
Bremen
Justitiar Rechtsanwalt Felix Seidel, M.A.,
Berlin

Zeit und Ort

Freitag, 18. September
10:30 bis 12:30 Uhr
Messe und CongressCenter Erfurt



Für weitere Informationen
zur Schlussveranstaltung
sowie den Mitwirkenden
scannen Sie bitte den
QR-Code.

